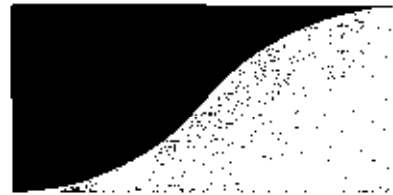


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telex: 868 646 pphn d
Telefax: 21 08 64



Inhalt

Rudolf Scharping MdL
zum Beschluß des
SPD-Präsidiums:
Rheinland-pfälzische
SPD wird Björn Eng-
holm unterstützen.

Seite 1

Christa Randzio-Plath
MdEP zur Notwendig-
keit, im Welthandel ein
Miteinander zu errei-
chen: EG-Gipfel soll
GATT-Runde retten.

Seite 2

Ludwig Stiegler MdB zu
den Koaliti-
onsverhandlungen:
CSU und Mieterschutz.

Seite 2

Annemarie Renger
MdB zum Tod von Al-
bert Exler: Trauer um
einen engagierten
Journalisten.

Seite 3

Dokumentation
Empfehlungen für eine
friedliche Lösung des
Golfkonflikts.

Seite 4

45. Jahrgang / 237

12. Dezember 1990

Rheinland-pfälzische SPD wird Björn Engholm unterstützen

Zum Beschluß des SPD-Präsidiums, den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten für die Wahl zum Parteivorsitzenden vorzuschlagen

Von Rudolf Scharping MdL

Vorsitzender des Landesverbandes und der Landtagsfraktion der rheinland-pfälzischen SPD

Das SPD-Präsidium hat schnell gehandelt, vor allem aber eine ausgezeichnete Wahl getroffen. Björn Engholm kann bei seiner Wahl auf dem Bundesparteitag und bei seiner künftigen Amtsführung ebenso auf die rheinland-pfälzische Unterstützung hoffen wie bei der Vorbereitung struktureller Verbesserungen an der Spitze der Partei.

Björn Engholm, obwohl Ministerpräsident des nördlichsten Bundeslandes, ist mit Rheinland-Pfalz gut bekannt. Schon als Bundestagsabgeordneter und schleswig-holsteinischer Oppositionsführer war er Jahr für Jahr zu Besuch im Lande, vor allem bei meinem Vorgänger im Amt des Landes- und Fraktionsvorsitzenden, Hugo Brandt, aber auch als Referent beim "Treffpunkt Landtag" der Landtagsfraktion.

Björn Engholm ist auch ein treuer Freund des heimischen Weines. Als sich 1985 - nach der Glykollaffäre - Absatzprobleme auch im Norden des Landes einstellten, lud er rheinland-pfälzische Winzer zu einer "Vertrauensweinprobe" mit der Landtagsfraktion und der Landespressekongress Schleswig-Holstein ein.

Wie sehr sich Björn Engholm auch nach dem Tode von Hugo Brandt mit seinem Freund verbunden weiß, zeigt sich auch daran, daß er zum ersten Todestag Hugo Brandts die Herausgabe eines Sammelbandes über den Politiker und Menschen Hugo Brandt ankündigte.

Björn Engholm ist aus bundespolitischen Gründen eine sehr gute Wahl. Daß der künftige Parteivorsitzende sich aber auch mit Rheinland-Pfalz verbunden weiß, ist für die rheinland-pfälzische Landespartei gut und wichtig.

Schon vor der Bundestagswahl hat er uns bereits seine volle Unterstützung zur Landtagswahl am 21. April zugesagt.

(-/12. Dezember 1990/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
6300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kennt'nen Umgang
mit versch. Arten Recycling-Papier



EG-Gipfel soll GATT-Runde retten

Zur Notwendigkeit, im Welthandel ein Miteinander zu erreichen

Von Christa Randzio-Plath MdEP

Sprecherin der Sozialistischen Fraktion zu den GATT-Verhandlungen

Der Abbruch der Uruguay-Runde des GATT und die Fortsetzung der Verhandlungen "auf technischem Niveau" in Genf bedeuten eine Gefahr für den freien und fairen Welthandel.

Bestürzend ist die gegenseitige Blockade im Weltagrarhandel zwischen den erfolgreichsten und mächtigsten Handelsnationen EG, USA und Ländern der CAIRNS-Gruppe. Die Versuche, sich gegenseitig die Schuld am Scheitern der Brüsseler Ministerkonferenz zuzuschreiben, nützen niemand - am wenigsten der EG.

Das Scheitern ist umso bedauerlicher, weil endlich in anderen wichtigen Verhandlungsgruppen der Welthandelskonferenz beachtliche Verhandlungserfolge bevorstanden. So zeigte sich Japan im Bereich Antidumping kompromißbereit, die USA im Dienstleistungsbereich. Auch die Verhandlungen über den Schutz geistigen Eigentums, eine Verbesserung der Regeln des Welthandels und über Subventionen hatten wichtige Fortschritte gebracht. Von diesen Bereichen hängen mehr und mehr Wohlstand und Arbeitsplätze ab.

Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament erwartet vom EG-Gipfel am kommenden Wochenende in Rom eine politische Initiative, um die Uruguay-Runde doch noch mit einem positiven Ergebnis abzuschließen. Gerade die Entwicklungsländer, die durch den Agrarstreit bei dieser Konferenz mit ihren Interessen in eine marginale Rolle gedrängt worden sind, erwarten viel von der EG. Die EG muß ihrer Verantwortung auch gegenüber den Entwicklungsländern gerecht werden genauso wie die USA und die Länder der CAIRNS-Gruppe.

Ein Weltgipfel der führenden Reglerungs- und Staatschefs unter Einschluß der Entwicklungsländer sollte über den Welthandel entscheiden; denn ein Fehlschlag der Uruguay-Runde würde ein Gegeneinander der Welthandelsnationen, nicht ein Miteinander bedeuten und damit allen schaden.

(-/12. Dezember 1990/rs/fr)

Beim Mieterschutz schlägt CSU Stunde der Wahrheit

Zur Haltung der Strelbi-Partei bei den Koalitionsverhandlungen

Von Ludwig Stiegler MdB

Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe

Einen Prüfstein für die Glaubwürdigkeit und die politische Handlungsfähigkeit der CSU sehen wir in den Koalitionsverhandlungen zum Mietrecht.

Für die CSU, die vor der Wahl mehrfach und öffentlich beteuert hat, daß sie in dieser Sache hart bleiben will, schlägt jetzt die Stunde der Wahrheit.

Kein gutes Vorzeichen ist die zu Beginn der Woche beschlossene Einsetzung einer Arbeitsgruppe der Koalition zur Wohnungspolitik unter Leitung von Bundesbauministerin Gerda Hassefeldt - das riecht deutlich nach Verschiebebahnhof.

Die Argumente von CSU und FDP liegen schon lange auf dem Verhandlungstisch, etwas neues wird auch eine Arbeitsgruppe nicht zutage fördern. Wenn jedoch nicht davon ausge-

gangen werden kann, daß neue Erkenntnisse auftauchen, so läuft alles auf einen Kompromiß hinaus und der kann nur faul sein.

Die von vorneherein halbherzigen Minimalforderungen zum Mieterschutz, zeitlich und auf Ballungszentren begrenzt, mit denen die CSU und ihre Bauministerin taktisch Unklug in die Verhandlungen mit dem Kontrahenten FDP eingestiegen ist, lassen keinerlei Spielraum für tragbare Kompromisse.

Wenn hier, zum Beispiel bei der Kappungsgrenze, noch Abstriche gemacht werden, bleibt die Tür für den massiven Mietwucher weiterhin sperrangelweit offen - und das ist ein glatter Wählerbetrug.

(-/12. Dezember 1990/rs/fr)

Im politischen Urteil unabhängig und doch fest in der Sozialdemokratie verankert

Zum Tode von Albert Exler

Von Anemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Albert Exler, der langjährige Redakteur des Sozialdemokratischen Pressedienstes, ist am vergangenen Sonntag im Alter von achtzig Jahren gestorben.

Die deutsche Sozialdemokratie verliert mit dieser Persönlichkeit einen ihrer engagiertesten Vertreter in der deutschen Medienlandschaft der Nachkriegszeit.

Albert Exlers Kommentare zum politischen Tagesgeschehen wurden mit großem Interesse gelesen und vielfach nachgedruckt.

Seine Herkunft aus dem Sudetenland prädestinierte diesen aufrechten Sozialdemokraten für die Beobachtung der politischen Entwicklung, vor allem was unsere östlichen Nachbarn betraf.

Nach dem Münchner Abkommen wurde seine Heimat im Jahre 1938 an Hitler-Deutschland eingegliedert. Im Widerstand gegen die Nazis drohte ihm Verhaftung. Zusammen mit engsten politischen Freunden gelang ihm die Flucht nach Finnland, wo er als Soldat gegen die sowjetische Armee kämpfen mußte. Als dann auch sein Exilland von den Nationalsozialisten überfallen wurde, mußte er sich erneut nach Schweden absetzen, um sich in Sicherheit zu bringen.

Von dort holte ihn der sozialdemokratische Exilvorstand der Sudetendeutschen nach England. Albert Exler war bereits als Sechzehnjähriger Mitglied der Sudetendeutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei geworden, die sich gegen den wachsenden tschechischen Nationalismus gegen die Deutschen wandte und für einen Ausgleich mit den tschechischen Mitbürgern eintrat.

Sein politischer Mentor, der unvergessene Wenzel Jaksch, und die Treuegemeinschaft Sudetendeutscher Sozialdemokraten betrauten dann im Frühjahr 1944 Albert Exler mit einem Auftrag, der Mut und Tapferkeit verlangte. Nachdem bekanntgeworden war, daß die Exilregierung Benesch Pläne zur Vertreibung der Sudetendeutschen hegte, sollten Albert Exler und einige weitere Sozialdemokraten durch den Aufbau von Kontakten und Verbindungen zu tschechischen Demokraten diese Pläne vereiteln helfen.

In einem angestrebten Interessenausgleich, stets das Ziel sozialdemokratischer Politik gewesen, sollte eine Autonomie der Sudetendeutschen in einer demokratisch erneuerten Tschechoslowakei angestrebt werden. Ein britisches Flugzeug setzte Exler und seine Freunde in der alten Heimat ab, doch durch Verrat scheiterte die Mission. Albert Exler gelang die Flucht nach Wien, wo er allerdings in Gestapo-Haft geriet. Zwei seiner beteiligten Kameraden wurden

von den Nazis umgebracht.

Nach der Befreiung wurde er von den in Wien einmarschierenden Amerikanern nach London gebracht. Dort nahm ihn die Partei gleich wieder in die Pflicht. Fritz Heine und Alfrad Nau baten dann Albert Exler, der inzwischen ein Studium an der London School of Economics absolviert hatte, als Mitarbeiter beim Aufbau einer demokratischen Presse im befreiten Deutschland tätig zu sein.

Kurt Schumacher, der Wiederbegründer der deutschen Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg und stets ein Vorbild für Albert Exler, war sich der besonderen Leistungsfähigkeit dieses in seinem politischen Urteil unabhängigen und doch fest verankerten Sozialdemokraten bewußt.

Albert Exler diente seiner Partei bis zu seinem Tode

Seine journalistischen Kollegen und seine zahlreichen Freunde werden um ihn trauern.

(-/12. Dezember 1990/rs/fr)

DOKUMENTATION

Empfehlungen für eine friedliche Lösung des Golfkonfliktes

Das von Egon Bahr geleitete Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) hat am Dienstag unter dem Titel "Krieg oder Frieden am Golf?" eine Stellungnahme vorgestellt. Wir dokumentieren daraus die Abschnitte "Zehn Folgerungen für eine Konfliktlösung" und "Fünf Empfehlungen und Lehren für die Bundesrepublik Deutschland".

Zehn Folgerungen für eine Konfliktlösung

1. Die Golfkrise stellt in ihrem gegenwärtigen Stadium die internationale Politik vor drei Aufgaben abgestufter Dringlichkeit:

1. die Kriegsverhütung;
2. die Beendigung der irakischen Invasion in Kuwait;
3. die mittel- und langfristige Friedenssicherung.

2. Absoluten Vorrang hat die Notwendigkeit der Gewaltverhinderung. Die Stärke der irakischen Armee und der gegen sie inzwischen in der Region versammelten Streitkräfte würde eine militärische Konfliktaustragung mit dem Risiko unermesslicher Opfer an Menschenleben und gewaltiger materieller Kriegsschäden behaften. Eine rasche Anhebung der Kampfhandlungen auf die Ebene des chemischen und nuklearen Waffeneinsatzes wäre nicht auszuschließen. Wegen der komplexen Verschränkung verschiedener Konfliktlagen im Nahen und Mittleren Osten ließe sich nicht einmal die räumliche Eingrenzung des Kriegsschauplatzes auf das engere Krisengebiet am Nordrand des Persischen Golfes gewährleisten.

Hinter der Gefahr massenhaften Blutvergießens muß die Forderung, die gewaltsame Völkerrechtsverletzung notfalls gewaltsam zu revidieren, zurückstehen. Für eine militärische Befreiung Kuwaits mit nur geringen Verlusten besteht keine Aussicht. Überlegungen, die irakische Führung durch ein Kommandounternehmen zu entmachten oder durch selektive Schläge gegen strategische Ziele militärisch zu lähmen, bergen ebenfalls das Risiko einer sofortigen unkontrollierbaren Kriegsausweitung. Deshalb erscheint die Abwehr eines Angriffs Bagdads auf ein weiteres Nachbarland, sollte es dazu kommen, als der einzige Fall eines rechtfertigungsfähigen Militäreinsatzes gegen den Irak.

3. Die notgedrungen zu beachtende Selbstbeschränkung in der Mittelwahl zur Durchsetzung der Forderung an den Aggressor nimmt der Forderung selbst nichts von ihrer politischen Legitimität. Der bewaffnete Überfall, die militärische Besetzung und die politische Annexion Kuwaits durch den Irak sind völkerrechtswidrige Gewaltakte, deren vollständige Rücknahme nicht nur die Bevölkerung des betroffenen Staates, sondern auch die internationale Rechtsgemeinschaft verlangen kann. Die Wiederherstellung des Rechtsfriedens erheischt, daß der Irak seine Besatzungstruppen abzieht, Kuwait seine territoriale Integrität und sein politisches Selbstbestimmungsrecht zurückerlangt und die in den beiden Ländern festgehaltenen Menschen frei ausreisen können. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Weltsicherheitsrat in bisher beispielloser Einmütigkeit den Mitgliedern der Vereinten Nationen einen breiten Fächer politischer und wirtschaftlicher Sanktionsmittel zugebilligt. Dieses Instrumentarium gilt es zu nutzen. Die internationale Politik steht vor der neuartigen Herausforderung, durch Geschlossenheit und Stehvermögen unterhalb der Schwelle militärischer Gewaltanwendung gemeinschaftlich die Beendigung einer militärischen Aggression zu erzwingen.

4. Zu den bilateralen irakisch-kuwaitischen Streitfragen mit langer Vorgeschichte zählen der Grenzverlauf zwischen beiden Ländern, die Besitz- und Nutzungsrechte an dem Ölfeld Rumaila und das strategische Interesse des Irak an den kuwaitischen Inseln Warba und Bubiyan. Die Streitfragen haben als Kriegsanhänge erhalten müssen. Sie gehören jedoch auf den Verhandlungstisch beziehungsweise vor den Internationalen Gerichtshof, nicht auf ein Schlachtfeld.

5. Die Entschärfung des akut kriegsträchtigen Golfkonfliktes ist das dringende Erfordernis der Stunde. Selbst wenn sie gelingt, wird sie nicht mehr bedeuten als einen Augenblickserfolg. Eine strukturelle Minderung des Kriegsrisikos samt seiner unwägbareren Konsequenzen für die übrige Staatenwelt kann nur in dem Maße erwartet werden, wie sich die Entwicklung der gesamten Nah- und Mittelost-Region auf eine Aufhebung der vielschichtigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Gegensätze zubewegt. Die Industrienationen des Nordens verfügen als außerregionale Mächte zur Steuerung dieser Entwicklung nur über schwache Mittel. Gleichwohl ist ihr Entwicklungspotential insofern gewachsen, als sie mit der Überwindung des globalen Ost-West-Konfliktes das Fundament für ein abgestimmtes und im Idealfall gemeinsames Handeln gelegt haben.

6. Die unmittelbare Konsequenz der veränderten Konstellation sollte für die ehemalige Kontrahenten des Ost-West-Konfliktes darin bestehen, die verhängnisvolle Praxis einzustellen, sich zwischen dem östlichen Mittelmeer, dem Roten Meer und dem Persischen Golf abhängige Gefolgschaftsstaaten heranzurüsten. Keiner der Nahost-Kriege hätte so blutig ausgetragen werden können, wäre die Region nicht mit westlicher und östlicher Kriegstechnologie angefüllt worden. Es sind dies dieselben Waffen, die jetzt auf die Streitkräfte derjenigen Staaten zielen, denen die Ausführung der UNO-Sanktionen obliegt. Die daraus zu ziehende Lehre kann nur die sein, daß zur Entwicklung einer stabilen Sicherheitsstruktur in der arabisch-islamischen Welt ein umfassendes Abrüstungsregime gehört, das von einer restriktiven Rüstungsexportpolitik der wichtigsten Anbieterländer flankiert sein muß.

7. Politische Einflußnahme von außen im Sinne des Interessenausgleichs und der Konflikteindämmung wird im Nahen und Mittleren Osten nur dann auf fruchtbaren Boden fallen, wenn sie nicht mit zweierlei Maß mißt. Widerrechtliche Landnahme und militärische Okkupation gibt es auch in Palästina und im Libanon, ohne daß die Befolgung eindeutiger UNO-Resolutionen ebenso nachdrücklich eingefordert wird wie gegenüber dem Irak. Erst wenn Amerikaner und Europäer ihre Parteinahmen in den verschiedenen regionalen Teilkonflikten an denselben internationalen Rechtsnormen ausrichten, statt an ihren jeweiligen spezifischen Eigeninteressen, können sie als glaubwürdige Helfer, Schlichter und Vermittler auftreten.

8. In der industrialisierten Welt des Nordens war noch jede internationale Krise, die den strategischen Rohstoff Öl verknappte oder verteuerte, von Bekenntnissen zur Entwicklung alternativer Energiequellen und sparsameren Verbrauchs begleitet. Der Enthusiasmus verebbte regelmäßig, sobald die Versorgungsstörung nachließ. Eine stärkere Unabhängigkeit der entwickel-

ten Ökonomien vom Erdöl wäre ein eigenständiger Beitrag der Industrieländer zur Verminderung der Krisenanfälligkeit des internationalen Wirtschaftssystems durch Konflikte in den Förderregionen.

9. Wer Beistand will, muß auch Beistand leisten. Dies gilt im Krisen- und Konfliktfall auch und gerade für die Bundesrepublik Deutschland. In Abkehr von der kriegerischen Vergangenheit des Deutschen Reiches sollten die Beistandsleistungen der Bundesrepublik jedoch vorrangig im nichtmilitärischen Bereich liegen. Allein der Bereitstellung von Bundeswehreinheiten auf Ersuchen des UN-Sicherheitsrates nach Art. 43 der Charta der Vereinten Nationen kann und darf sich die Bundesrepublik nicht verschließen.

10. Das außenpolitische Ansehen der Bundesrepublik gründet unter anderem auf ihrer wirtschaftlichen Effizienz, ihrem Kooperationsvermögen und ihrer Zurückhaltung in machtpolitischen Auseinandersetzungen. Sie ist frei von Bürde einer Ordnungsmacht in ehemaligen Kolonialgebieten und nicht verstrickt in militärische Hegemonialkonkurrenz. Die vergrößerte Bundesrepublik sollte auf der internationalen Bühne ihr ziviles Auftreten beibehalten. In einer akuten Spannungslage wie der gegenwärtigen Golfkrise leistet sie ihren Beitrag zur Friedenssicherung am wirksamsten durch die energische Unterstützung derjenigen Länder, die von den Sanktionsmaßnahmen der Vereinten Nationen unverschuldet am härtesten getroffen werden.

Fünf Empfehlungen und Lehren für die Bundesrepublik Deutschland

Zusammenfassend lassen sich für die Bundesrepublik also folgende fünf Empfehlungen aussprechen:

1. Die Kriegsverhütung besitzt derzeit absoluten Vorrang. Die Bundesrepublik sollte ihren Einfluß auf die Konfliktkontrahenten, insbesondere die westlichen Bündnispartner entsprechend geltend machen.
2. Lediglich die Abwehr eines Angriffs auf ein weiteres Nachbarland des Irak würde den Einsatz von Streitkräften gegen den Irak rechtfertigen. Die Bundesrepublik sollte Streitkräfte aber ausschließlich für Einsätze auf Ersuchen des UN-Sicherheitsrates nach Artikel 43 UN-Charta bereitstellen.
3. Die Kriege in der "Dritten Welt" und auch am Persischen Golf werden mit westlichen und östlichen Waffen und Technologien geführt. Die Bundesrepublik als einer der größten Rüstungsexporteure sollte deshalb künftig - im übrigen auch im Einklang mit ihrer Verfassung - Rüstungsexporte verbieten, sofern sie nicht mit Endverbleibsklausel in OECD-Länder gehen.
4. Erdöl ist ein strategischer Rohstoff. Die Bundesrepublik als einer der größten Konsumenten dieses knappen und endlichen Rohstoffes muß verstärkt Programme zu sparsamem Verbrauch des Erdöls und zur Entwicklung alternativer Energiequellen fördern.
5. Das vereinte Deutschland wird künftig von der Staatengemeinschaft mehr in Verantwortung genommen werden als bisher. Die weltpolitische Rolle der Bundesrepublik kann gleichwohl nicht die einer militärischen Ordnungsmacht, sondern lediglich die einer zivilen Friedenskraft sein. Mit Blick auf die Golfkrise heißt dies kurzfristig, diejenigen Staaten ökonomisch und finanziell zu unterstützen, die unverschuldet unter den Sanktionsmaßnahmen der UNO leiden (zum Beispiel Türkei, Jordanien, Ägypten) und langfristig "Gute Dienste" als Helfer, Schlichter und Vermittler anzubieten mit dem Ziel der Errichtung eines Abrüstungsregimes und einer regionalen Friedensordnung.

(-/12. Dezember 1990/rs/fr)
